

**V-22 Beschluss** Europäische Kooperation im Verteidigungsbereich nutzen –  
Das Friedensprojekt Europa stärken!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 27.01.2018  
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Es ist eine historische Errungenschaft,  
2 dass
- 3 Konflikte heute am Verhandlungstisch und nicht länger auf Schlachtfeldern ausgetragen  
4 werden. 2012 wurde die EU für diesen Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und  
5 Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – zu Recht!  
6 Insbesondere  
7 mit dem Vertrag von Lissabon hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, auch nach außen  
8 kohärent  
9 zu wirken: „Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit  
10 zu  
11 stärken“. Kein Mitgliedsstaat der EU kann diesen Aufgaben alleine gerecht werden. Will  
12 die  
13 EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven  
14 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren  
15 Nachbarschaft und darüber hinaus eine wirkliche Rolle spielen, müssen ihre  
16 Mitgliedsstaaten  
17 im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel stärker kooperieren als  
18 bisher.
- 19 Erste Schritte hin zu mehr Kooperation wurden in den letzten zwei Jahren gegangen.  
20 Die Hohe  
21 Vertreterin Mogherini hat 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und  
22 Sicherheitspolitik  
23 der Europäischen Union“ veröffentlicht. 2017 hat die Europäische Kommission das  
24 „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“ lanciert und im  
25 Dezember  
26 2017 wurden 17 Kooperationsprojekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten  
27 Zusammenarbeit  
28 (Permanent Structured Cooperation, PESCO) geschaffen. PESCO ist ein Format der  
29 unterschiedlichen Geschwindigkeiten, an dem nur die Mitgliedsstaaten teilnehmen, die  
30 das  
31 wollen und sich bereit erklären, die entsprechenden Kriterien zu erfüllen. Trotzdem  
32 haben 25  
33 von 28 Mitgliedsstaaten die Kooperation unterzeichnet. PESCO ist also zu einem (fast)  
34 gesamteuropäisches Projekt geworden. In einer Zeit, in der Rechtspopulisten in ganz  
35 Europa  
36 das Hohelied auf den Nationalstaat singen, ist eine derartige Kooperation nationaler  
37 Streitkräfte auf europäischer Ebene ein beeindruckendes Symbol der Stärke des  
38 europäischen  
39 Projektes.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen grundsätzlich eine verstärkte Kooperation im  
Bereich der  
27 Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insofern dadurch das Primat des Zivilen der  
28 europäischen Außenpolitik nicht geschwächt wird und es nicht zu einer Stagnation oder  
29 Reduktion notwendiger Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit und die  
Humanitäre Hilfe  
30 kommt. Die Schere zwischen zivilen und militärischen Ausgaben in den nationalen  
Haushalten  
31 der EU-Mitgliedsstaaten darf nicht weiter aufgehen. Nur dadurch kann gewährleistet  
werden,  
32 dass die EU in die Lage versetzt wird, die in Artikel 43(1) des Vertrags von Lissabon  
33 beschriebenen Aufgaben: „Abrüstung, humanitäre Aufgaben, Aufgaben der  
Konfliktverhütung und  
34 Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender  
Maßnahmen  
35 und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ besser bewältigen und  
verstärkt  
36 nachgehen zu können.

37 Bei einer Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf europäischer Ebene  
darf  
38 es nicht nur um die Steigerung der militärischen Effizienz und den Abbau von  
39 Kooperationshemmnissen gehen. Ein derartiges Projekt darf nicht missbraucht werden,  
um  
40 Rüstungsausgaben zu erhöhen und eine ineffiziente und intransparente  
Rüstungsindustrie  
41 weiter zu subventionieren, wie es jetzt der europäische Verteidigungsfond vorsieht.  
Sondern  
42 es muss vor Allem darum gehen, dass die EU die Aufgaben des Vertrags von Lissabon  
43 vollumfänglich erfüllen kann. Dazu fehlen derzeit zivile und militärische Fähigkeiten,  
bspw.  
44 einsatzfähige Battle Groups, Mediationsteams, Technik zur Überwachung von  
45 Waffenstillstandsabkommen, Fähigkeiten zur Gewährleistung humanitärer Hilfe in  
46 Blockadelagen, ausgebildete Teams zur Dokumentation von  
Menschenrechtsverletzungen oder eine  
47 Strategie für politische Missionen zur Stabilisierung von Staaten in  
Nachkriegssituationen.  
48 An der Frage, ob es gelingt hier vorwärts zu kommen, müssen sich aktuelle und  
kommende  
49 Kooperationsprojekte messen lassen. Eine Vertiefung der Zusammenarbeit im  
50 Verteidigungsbereich darf nicht dazu führen, dass zivile Gelder sicherheitspolitisch  
51 zweckentfremdet werden, wie es u.a. durch die Öffnung des Instruments für Stabilität  
und  
52 Frieden (IcSP) für militärische Zwecke zu befürchten ist. Darüber hinaus darf die  
vertiefte  
53 Integration der Verteidigungspolitik nicht dazu genutzt werden, Maßnahmen zur  
54 Migrationsabwehr, bzw. eine europäische Abschottungspolitik voranzutreiben. Zudem  
muss die  
55 finanzielle Trennschärfe von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen zu  
jeder  
56 Zeit gegeben sein.

- 57 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene  
58 muss immer  
59 strategisch auf eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete und  
60 menschenrechtsgeleitete Außenpolitik ausgerichtet bleiben. Eine verstärkte  
61 Kooperation im  
62 Verteidigungsbereich muss der EU die entsprechenden Mittel zu ihrer Umsetzung an die  
63 Hand  
64 geben. Es braucht nicht mehr nationale Aufrüstung der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten,  
65 sondern  
66 mehr Kooperation. Eine regelmäßige Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben,  
67 wie sie im  
68 Ratsbeschluss zur Einsetzung der PESCO verpflichtend festgeschrieben ist, lehnen wir  
69 ab.  
70 Deswegen wollen wir Grünen die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich  
71 kritisch  
72 begleiten, mitgestalten und uns dafür einsetzen,
- 73 • dass die längst fällige Debatte um die strategische Ausrichtung der europäischen  
74 Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich nachgeholt und in Anlehnung an  
75 nationale  
76 Weißbuchprozesse geführt wird; öffentlich, engagiert, entlang konkreter  
77 Szenarien und  
78 begleitet von Debatten in den nationalen und dem europäischen Parlament,
  - 79 • dass Diplomatie, Prävention, Mediation, Dialog und Versöhnung weiterhin das  
80 Fundament  
81 und den Ausgangspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bilden und  
82 diese  
83 Maßnahmen weiter gefördert werden,
  - 84 • dass Militär immer nur als äußerstes Mittel eingesetzt wird. Alle Einsätze müssen  
85 völkerrechts- und grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in  
86 verfassungswidrigen  
87 Koalitionen der Willigen stattfinden. Die Beteiligung der Bundeswehr an  
88 bewaffneten  
89 Einsätzen im Rahmen der EU darf nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen  
90 erfolgen.  
91 Einsätze müssen immer in eine umfassende zivile Gesamtstrategie eingebettet  
92 sein. VN-  
93 geführte Missionen haben für uns immer Vorrang vor EU- oder NATO-geführten  
94 Einsätzen.
  - 95 • dass Synergien zwischen den Mitgliedsstaaten genutzt werden, um nationale  
96 Verteidigungsausgaben einzusparen und damit Verteidigungsprojekte nicht den  
97 europäischen Haushalt belasten,
  - 98 • dass die ineffiziente und intransparente europäische Rüstungsindustrie  
99 grundlegend neu

- 83 strukturiert und reformiert wird sowie eine restriktivere und verbindliche  
84 Rüstungsexportpolitik in der EU und Deutschland gesetzlich verankert wird.
- 85 • dass die Entscheidung über die Entwicklung konkreter Fähigkeiten mit Hinblick auf  
86 die  
86 VN-fähigkeit der EU geschieht und das Verhältnis von NATO und EU bei der  
87 Entwicklung  
87 der europäischen Verteidigungszusammenarbeit geklärt wird,
  - 88 • dass die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich mit einer Stärkung von  
89 Strukturen der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung insbesondere auf  
90 europäischer Ebene einhergeht. Der Parlamentsvorbehalt des Bundestags oder  
91 langfristig  
91 der des Europäischen Parlamentes darf durch die europäische Kooperation weder  
92 unterlaufen noch abgebaut werden und dass
  - 93 • Maßnahmen zur Kohärenzförderung zwischen verschiedenen Politikfelder wie  
94 Energiepolitik, Entwicklungspolitik, oder Handelspolitik, entwickelt werden.
- 95 Die zunehmende Kooperation der europäischen Mitgliedsländer im  
96 Verteidigungsbereich ist eine  
96 einmalige Chance, das Friedensprojekt Europa zu stärken. Sie setzt ein deutliches  
97 Zeichen  
97 gegen wachsenden Nationalismus und Nationalstolz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden  
98 diesen  
98 Prozess aktiv und im Sinne des Vertrags von Lissabon mitgestalten. So wird die  
99 Europäische  
99 Union der Verantwortung, die aus der Annahme des Friedensnobelpreises erwächst, ein  
100 Stück  
100 gerechter.